

Beschlussbuch

Anträge zum Bundeswahlprogramm

Für eine soziale Bodenpolitik	S. 02
Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag	S. 03
Wasserschutz erheblich verbessern	S. 03
14 € Mindestlohn	S. 04
§ 219a Strafgesetzbuch	S. 04
Handelsabkommen	S. 04
Reiche besteuern	S. 05
Corona-Abgabe zur Finanzierung weiterer Hilfspakete nutzen	S. 06
Neuregelung der Verpackungsabfallentsorgung	S. 07
Mieterschutz auch für Kleingewerbebetriebe	S. 08
Pflege ist Daseinsvorsorge - Vollversicherungsschutz jetzt!	S. 08
Kinderarmut abschaffen – Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!	S. 10

Sonstige Anträge

Sachgrundlose Befristung einschränken – Koalitionsvertrag jetzt noch umsetzen	S. 12
Daseinsvorsorge in Deutschland und Europa	S. 12
Aus der Pandemie lernen: Krankenhausplanung und –Finanzierung von Grund auf erneuern	S. 13
Digitalisierung im Gesundheitswesen nur zum Vorteil aller Versicherten	S. 14

Änderungsanträge der Münchner SPD zum Leitantrag „Organisationspolitische Neuaufstellung“ der BayernSPD

Änderungsantrag zu Z. 88	S. 15
Änderungsantrag zu Z. 100	S. 15
Änderungsantrag zu Z. 105	S. 15
Änderungsantrag zu Z. 130	S. 15
Änderungsantrag zu Z. 270	S. 15
Änderungsantrag zu Z. 305	S. 15
Änderungsantrag zu Z. 361, 372, 377	S. 16
Änderungsantrag zu Z. 435	S. 16
Änderungsantrag zu Z. 486	S. 16

1 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

2 **Für eine soziale Bodenpolitik**

3

4 Die Wohnungskrise spitzt sich immer weiter zu. Oft wird gesagt, dass Miet- bzw. Wohnpreise
5 zu den neuen Mauern unserer Städte werden. Und das stimmt auch. In vielen Ballungsräumen
6 können sich nicht einmal mehr normalverdienende Menschen eine Wohnung im Zentrum der
7 Stadt leisten. Doch erst der Blick auf die explodierten Boden- und Baulandpreise lässt die
8 Wurzel dieser Preissteigerungen erkennen. Bezahlbarer Wohnraum kann nicht auf
9 unbezahlbarem Grund und Boden entstehen.

10

11 Bei der Analyse, wieso die Bodenpreise in Ballungsgebieten in die Höhe schießen, gelangen wir
12 schnell zu der Erkenntnis: Grund und Boden ist nicht vermehrbar und nicht ersetzbar und darf
13 deshalb nicht wie ein gewöhnliches Marktgut behandelt werden. Doch genau das passiert,
14 schlimmer noch: Es wird mit ihm spekuliert. Die Forderung nach einer gemeinwohlorientierten
15 Bodenpolitik ist die logische Schlussfolgerung. Wir brauchen umfassende bodenpolitische
16 Antworten.

17

18 Die SPD München fordert die Bundespartei auf folgende fünf Forderungen in das
19 Wahlprogramm der SPD aufzunehmen:

20

- 21 1. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss beschränkt werden, um
22 Missbrauch und Verdrängung zu verhindern. Dass dieser Punkt im
23 Baulandmobilisierungsgesetz aufgenommen wurde, ist ein großer Erfolg der SPD-
24 Bundestagsfraktion. Aktuell ist leider unklar, ob dieser Punkt so beschlossen wird. Wenn die
25 Union Mieterschutz weiterhin brutal blockiert, dann müssen wir an dieser Stelle leider
26 weiterkämpfen.
- 27
28 2. Das kommunale Vorkaufsrecht muss gestärkt und ausgeweitet werden. Dieses
29 Vorkaufsrecht muss auf Basis des Ertragswerts preislimitiert sein, um überhöhte
30 Ankaufspreise zu verhindern. Das Beispiel Wien zeigt, wenn genügend Grund und Boden in
31 Hand der Gesellschaft ist, kann bezahlbares Wohnen dauerhaft gesichert werden. Um das
32 damit auch verbundene Bauprogramm umzusetzen, müssen wir soziale Akteure stärken, wir
33 brauchen deshalb eine neue Wohngemeinnützigkeit.
34 Mit der Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit wollen wir erreichen, auf Dauer
35 günstige Sozialmieten zu sichern, deshalb sollen nach der Umsetzung die Kommunen nur
36 die neu gemeinnützigen Träger mit der Abgabe verbilligter Grundstücke unterstützen.
- 37
38 3. Kommunale Handlungsfähigkeit muss auch im unbeplanten Innenbereich gestärkt werden.
39 Im Zuge der Nachverdichtung zum Teil sehr großer Einheiten, müssen Investoren heute
40 nichts zur notwendigen Infrastruktur beitragen und auch keinen bezahlbaren Wohnraum
41 schaffen. So werden Gewinne privatisiert und Kosten sozialisiert. Unser Ziel ist deshalb die
42 Einführung eines Planungswertausgleichs im § 34 BauGB. Auch in diesem Punkt ist unklar,
43 ob der sektorale Bebauungsplan im Baulandmobilisierungsgesetz beschlossen wird, dies
44 wäre ein wichtiger Schritt für große Städte im Kampf für bezahlbaren Wohnraum.
- 45
46 4. Gewinne aus leistungslosen Bodenwertsteigerungen müssen gerecht besteuert werden. Für
47 nicht selbst genutzte Immobilien bzw. Grundstücke (§ 23 EStG) muss die Steuerfreiheit bei
48 der Veräußerung (10-Jahres-Frist) abgeschafft werden, beziehungsweise nur dann in
49 Aussicht stellen, wenn Grundstücke und Immobilien durch die Veräußerung einer
50 gemeinwohlorientierten Verwendung zugeführt werden. Außerdem fordern wir die
51 Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer.
- 52
53 5. Um Mieter*innen zu unterstützen bis all unsere Forderungen greifen, fordern wir einen
54 bundesweiten Mietestopp in allen Kommunen mit einem angespannten Mietmarkt.
55 Um Mieter*innen zu unterstützen bis all unsere Forderungen greifen, fordern wir einen
56 flächendeckenden bundesweiten Mietestopp.
- 57
58 6. Zur Besteuerung des Grundbesitzes ist eine für das ganze Bundesgebiet einheitlich geltende
59 Grundsteuer im Sinne einer reinen Bodenwertsteuer einzuführen, die nicht mehr durch
60 Ausnahmeregelungen einzelner Bundesländer verändert werden darf. Diese Steuer darf nicht

61 mehr den Betriebskosten zugerechnet und auf die Mieter*innen und Pächter*innen umgelegt
62 werden. Sie ist als besondere Art der Vermögenssteuer ausschließlich von den
63 Grundeigentümern zu tragen.

64
65 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
66

67
68 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

69 **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag**

70
71 Die Bundesrepublik Deutschland tritt dem Atomwaffenverbotsvertrag bei und setzt damit
72 endlich die mit sehr großer Mehrheit verabschiedete Forderung des Bundestags vom 26. März
73 2010 nach dem Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland um.

74
75 Begründung:
76 Am 17. Juli 2017 wurde in der Vollversammlung der Vereinten Nationen der
77 Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen, 82 Staaten haben ihn unterzeichnet, 44 ratifiziert, für
78 ein Inkrafttreten sind 50 Staaten erforderlich.

79
80 Der Vertrag hätte zur Folge, dass in Deutschland keine Atomwaffen mehr stationiert werden
81 dürften. Diese Forderung hat der Deutsche Bundestag bereits am 26.3.2010 beschlossen.

82
83 Der Antrag und der Beschluss erfolgten damals mit allen Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP
84 und Bündnis 90/Die Grünen!

85
86 Dieser Beschluss war eine Reaktion auf die Vision von Barack Obama von einer
87 atomwaffenfreien Welt. Wenn der Beschluss endlich umgesetzt würde, wäre damit auch
88 entschieden, dass die Bundeswehr für die Nachfolge des Tornado kein Flugzeug beschaffen
89 müsste, das Atomwaffen einsetzen kann, wie das jetzt beim Tornado der Fall ist. Gegen ein
90 atomwaffentaugliches Kampfflugzeug wendet sich auch unser Fraktionsvorsitzender Rolf
91 Mützenich.

92
93 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
94

95
96 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

97 **Wasserschutz erheblich verbessern**

98
99 Der Schutz der Gewässer, mit der Luft die wichtigste Voraussetzung für das Leben von Mensch
100 und Natur, wird nachhaltig und schnell verbessert, um damit endlich einem Urteil des EuGH
101 vom Juni 2018 nachzukommen.

102
103 Begründung:
104 Im Juni 2018 wurde die Bundesrepublik Deutschland vom EuGH wegen einem seit Jahren völlig
105 unzureichenden Gewässerschutz verurteilt. „Deutschland ist verpflichtet, das Urteil des
106 Europäischen Gerichtshofs vom Juni 2018 unverzüglich umzusetzen.“ kommentierte das
107 Umweltministerium damals dieses Urteil. Die Umsetzung gelang nur in kleinen Schritten, der
108 Widerstand aus der Landwirtschaft, der Industrie und der CDU/CSU war zu groß. So können
109 immer mehr Trinkwasserversorger nur mit größter Anstrengung das wertvolle Trinkwasser
110 sichern.

111
112 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

113 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

114 **14 € Mindestlohn**

115
116 Die SPD fordert einen Mindestlohn von 14 €, also der Fortschreibung der 12 € aus dem Jahr
117 2017.

118
119 Begründung:

120 In einer Wahlanalyse nach der Wahl 2017 hatte Olaf Scholz die Forderung nach einer
121 deutlichen Steigerung des Mindestlohns vermisst. Er hielt 12 € für angemessen. Eine
122 entsprechende Steigerung dieses Betrags nach den Regeln für den geltenden Mindestlohn
123 würde heute zu einer Forderung von 13,33 € führen. Da auch dies kaum zu einer sicheren
124 Rente nach 45 Jahren führen würde, sollten wir mindestens 14 € fordern.

125
126 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
127

128
129 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

130 **§ 219a Strafgesetzbuch**

131
132 § 219a StGB, der die vermeintliche Werbung, eigentlich aber jede seriöse Information über
133 den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellt, wird endgültig abgeschafft.

134
135 Begründung:

136 Mit dem Gesetzentwurf 19/1046 vom 2. März 2018 hatte die SPD die Aufhebung des § 219a
137 StGB beantragt, eine Mehrheit im Bundestag war sicher. Der Antrag wurde jedoch auf
138 Verlangen der CDU/CSU nach Eintritt in die Koalition zurückgezogen. Seither hat diese
139 Vorschrift wieder zu zahlreichen Verurteilungen geführt. Die Abschaffung muss endlich
140 durchgesetzt werden.

141
142 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
143

144
145 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

146 **Handelsabkommen**

147
148 Zustimmungsfähig sind Handelsabkommen nur, wenn folgende Mindestvoraussetzungen erfüllt
149 sind:

- 150
- 151 • eine mindestens neutrale Öko-Bilanz
 - 152 • kein Liberalisierungszwang für öffentliche Dienstleistungen jeder Art
 - 153 • keine Einschränkung der Regelungsbefugnisse der zuständigen Parlamente
 - 154 • Streitfälle zwischen Staaten und Investoren müssen von öffentlichen Gerichten ausgetragen werden
 - 155 • Export/Import nur von Produkten, die unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wurden. Dabei müssen die Kernarbeitszeitnormen der ILO (International Labor Organization) die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen.
 - 156
 - 157
 - 158 • keine Besserstellung ausländischer gegenüber inländischen Investoren
 - 159

160 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

161 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

162 **Reiche besteuern**

163
164 Wir fordern, dass sich die SPD in ihrem Regierungsprogramm für die Einführung einer
165 verfassungskonformen Vermögenssteuer einsetzt. Wir fordern auch die Änderung des
166 Erbschaftssteuergesetzes, weil bei dem jährlichen Volumen von 400 bis 500 Milliarden an
167 Erbschaften und Schenkungen weit höhere Steuereinnahmen, nämlich mindestens 40 bis 50
168 Milliarden Euro, erzielt werden können, ohne dass damit kleine Vermögen belastet werden. Mit
169 einer einigermaßen gerechten Erbschaftsteuer können viele dringend notwendige staatliche
170 und kommunale Aufgaben dauerhaft finanziert werden. Wir fordern zudem, dass die SPD sich
171 öffentlich vehement und ab sofort für das Ziel der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums
172 einsetzt, z.B. Umverteilung von 30% des Vermögens der 1 % reichsten an die unteren 99%.
173 Davon mindesten 50 % des Vermögens an die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

174
175 Begründung:

176
177 Die Vermögensungleichheit hat in Deutschland ein Ausmaß angenommen, das grob ungerecht
178 ist. Eine Art Neofeudalismus hat sich breit gemacht, der es für die meisten Menschen nahezu
179 unmöglich macht einen gesellschaftlichen Aufstieg zu erzielen oder auch nur ein Leben ohne
180 Existenzängste zu führen.

181
182 *Reichtum und Ideologie*

183 Die Legitimation für Reichtum ist die angebliche Leistung die Vermögende erbringen.
184 Spätestens Corona hat gezeigt, dass es nicht plausibel ist, dass ein*e Aktionärin das
185 Tausendfache einer Krankenschwester oder einer Supermarktkassiererin leistet. Es liegt also
186 längst keine Verhältnismäßigkeit mehr vor.

187 Das liegt daran, dass

- 188 a) die Erträge die aus Kapitalgewinnen erzielt werden historisch höher sind als die Einkommen
189 aus Arbeit.
190 b) Kapital Kumulationseffekten unterliegt: Je mehr Geld sie haben, desto leichter können sie
191 mehr verdienen, und das teilweise Exponentiell. Die meisten sind jedoch in einer
192 Armutsfalle gefangen.
193 c) Märkte nach dem "Winner takes it all" Prinzip funktionieren. Es kann eben nur eine
194 Suchmaschine geben die alle ansteuern.
195 d) Vermögen und Kapitalerträge im Vergleich zur Einkünften aus Arbeit kaum besteuert
196 werden, von Sozialbeiträgen ganz zu schweigen.

197
198 Wenn wir die ursozialdemokratische und im Kern auch republikanische Erzählung, dass man
199 "sich nur anstrengen muss und an die Regeln halten, damit es einem besser geht",
200 weitererzählen wollen, dann müssen wir uns mit der Vermögensverhältnissen
201 auseinandersetzen. Sonst klafft eine so große Lücke zwischen der gesellschaftlichen Realität
202 und dem politischen Programm, dass die Leute uns nicht mehr ernst nehmen können.

203
204 *Armut und Corona*

205 Corona hat gezeigt, dass Arme Menschen deutlich mehr unter den Einschränkungen der Krise
206 zu leiden haben. Sei es in einer beengten Wohnung, sei es weil die Ressourcen fehlen das Kind
207 homezuschulen, sei es weil viele Niedriglohnjobs nicht von zu Hause gemacht werden können.
208 Schon jetzt stehen wir vor dem Problem, wie mit sinkenden Steuereinnahmen umzugehen ist.
209 Das bedeutet eine Verschärfung von Verteilungskämpfen, da der Ruf nach Kürzungen lauter
210 wird. Die wirtschaftlichen Folgen, die zur Zeit zum Beispiel durch das Kurzarbeitergeld
211 abgefedert werden, können sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Die soziale
212 Gerechtigkeit wird wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren ein bestimmendes politische
213 Thema.

214
215 *Armut und die Folgen*

216 Armut in einem reichen Land bedeutet vor allem Stress. Die schlaflose Nacht, wenn man nicht
217 weiß wie man den kaputten Kühlschrank bezahlen kann. Die Sorgen, wenn man nicht weiß
218 wohin man soll, wenn die Wohnung wegen Eigenbedarf gekündigt wird. Die Scham, wenn man
219 den Schulausflug der Kinder nicht bezahlen kann, oder um Hilfe bitten muss.

220 Dieser Stress ist messbar, arme Menschen werden häufige (psychisch und physisch) krank und
221 haben eine geringere Lebenserwartung. Die soziale Gerechtigkeit spiegelt sich letztendlich in
222 vielen zentralen Politikfeldern wieder, sei es steigende Mietpreise, seien es die
223 Zweiklassenmedizin oder die Frage wie man eine zukunftsfähige Altersvorsorge für alle
224 gestalten kann. All diese Fragen werden direkt oder indirekt von krass ungleichen
225 Vermögensverhältnissen beeinflusst und erzeugt.

226
227 *Ein Argumentationsangebot an Liberale und Konservative*
228 Märkte werden immer ineffektiver je ungleicher die Vermögen in einer Gesellschaft sind. Das
229 liegt zum einen daran, dass die Kosten ein Unternehmen zu gründen zu hoch sind, weil man
230 sich nicht ein Mal die Miete leisten kann oder gar nicht erst einen Kredit bekommt. Vielen
231 Innovator*innen gelingt also nicht ein Mal der Markteintritt. Zum anderen werden "nicht-
232 innovative" Vermögenszuwächse bei großer Ungleichheit immer rentabler, das heißt andere
233 Marktteilnehmer durch Rechtsprozesse, Rent-Seeking (Zugang zu politischen Ressourcen) oder
234 das Ausnutzen von Monopolen, zu verdrängen.
235 Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt wird immer brüchiger. Viele Menschen haben das
236 Gefühl, dass sie in einer Gesellschaft leben in der es nicht fair zugeht, warum sollten sie also
237 die Institutionen (sei es "die Wissenschaft" oder "die Presse") die diese Gesellschaft
238 repräsentiert respektieren? Diese Wut ist oft regressiv und orientiert sich nur daran diese
239 gesellschaftlichen Institutionen.

240
241 *Reichtum und Diskurs*
242 Ein Problem ist, dass unsere Wahrnehmung darüber wie die Vermögensverhältnisse und die
243 Einkommensentwicklung sind stark verzerrt ist. Wir orientieren uns an Einzelschicksalen und
244 Anekdoten statt an Messungen. Deshalb zählen sich weite Teile der Bevölkerung zur
245 Mittelschicht. Politische Programme die Armut bekämpfen haben es immer schwer, weil sich
246 wenige Leute angesprochen fühlen, auch diejenigen die eigentlich davon profitieren könnten.
247 Daher müssen wir das Ausmaß von Ungleichheit und Armut gesellschaftlich thematisieren.
248 Eine Messung und vorherige Festsetzung von politischen Zielen, kann zu einer Diskussion weg
249 von personenbezogenen hin zu einer zielorientierten Politikbewertung führen.

250
251 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
252

253
254 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

255 **Corona-Vermögensabgabe zur Finanzierung weiterer Hilfspakete** 256 **nutzen**

257
258 Das Ende der Pandemie und damit auch das Ende deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft
259 und über diese auf die soziale Situation sehr vieler Menschen sind nicht absehbar. Über die
260 Beteiligung der SPD an der Bundesregierung ist es für 2020 gelungen mit hohem staatlichem
261 Einsatz die finanziellen und sozialen Auswirkungen der Pandemie abzufedern
262 (Konjunkturpaket, Mehrwertsteuersenkung, Kurzarbeitergeld, Hilfen aufgrund Steuerausfälle
263 bei Kommunen und ÖPNV, usw.).
264 Wir fordern, die SPD möge in ihrem Regierungsprogramm für die anstehenden
265 Bundestagswahlen die Einführung einer einmaligen Corona-Vermögensabgabe zur Finanzierung
266 der besonderen pandemiebedingten Ausgaben als Forderung aufnehmen.

267
268 Begründung:
269 Die Lasten der Pandemie müssen gesondert geschultert werden. Starke Schultern müssen
270 dabei mehr tragen. Der Nachtragshaushalt umfasst allein 156 Mrd. Euro Ausgaben. Der
271 Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags hat klargestellt, dass die Einführung einer
272 einmaligen Corona-Abgabe zur Finanzierung der besonderen pandemiebedingten Ausgaben des
273 Bundes eine grundgesetzlich zulässige Möglichkeit ist.
274 Zum Schaden für die gesamte Volkswirtschaft haben in der jüngeren Vergangenheit sehr große
275 Vermögen überproportional zugenommen. Diese Vermögen entziehen sich dem
276 Wirtschaftskreislauf und haben auch dadurch negative Auswirkungen auf das
277 Wirtschaftswachstum bzw. auf die angestrebten positiven konjunkturellen Effekte.

278
279 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

280 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

281 **Neuregelung der Verpackungsabfallentsorgung**

282

283 Weder mit der mehrfach novellierten Verpackungsverordnung (VerpackV), noch mit dem
284 Verpackungsgesetz (VerpackG), konnten die umweltpolitischen Ziele der Abfallvermeidung,
285 Steigerung von Mehrwegquoten und die Verbesserung der Recyclingfähigkeit von
286 Kunststoffverpackungen erreicht werden. Die Verpackungsabfallentsorgung wird deshalb neu
287 geregelt:

288

- 289 • Die Zuständigkeit für die Entsorgung der Verpackungen wird dem Handel entzogen und
290 wieder den Kommunen übertragen. Dazu wird eine Verpackungsabgabe eingeführt, deren
291 Höhe von der Rezyklierbarkeit der Verpackungen abhängig ist. Die Abgabe wird
292 entsprechend der Einwohnerzahl an die Kommunen ausbezahlt.
- 293 • Mehrwegquoten für Getränke und To-Go-Verpackungen werden verbindlich vorgegeben.
294 Zielverfehlungen werden je nach Grad der Verfehlung sanktioniert.
- 295 • Die Zentrale Stelle Verpackungsregister wird nicht mehr als Stiftung der Wirtschaft
296 weitergeführt, sondern als Amt mit hoheitlichen Aufgaben im Umweltbundesamt integriert.

297

298 1991 wurde die Wirtschaft erstmals verpflichtet, in Umlauf gebrachte Verpackungen nach
299 Gebrauch zurückzunehmen und einer Verwertung zuzuführen. Bis dahin waren ausschließlich
300 die Gemeinden für die Abfallentsorgung zuständig. Die neue Gesetzgebung veranlasste in
301 Deutschland tätige Unternehmen der Lebensmittel- und Verpackungsbranche, einen Verbund
302 zu gründen, der die Erfüllung der Verwertungspflichten bündeln konnte. Daraus entstand die
303 gemeinsame Entsorgung im Dualen System, das aus einer Vielzahl teils börsennotierter
304 Konzerne besteht. In der Praxis zeigt sich, dass umweltpolitische Ziele und
305 Verbraucherinteressen gegenüber den wirtschaftlichen Interessen dieser Unternehmen
306 zurücktreten. Deutschland ist bei den Verpackungen von einer ressourcenleichten
307 Kreislaufwirtschaft meilenweit entfernt. Die zahlreichen Novellierungen der
308 Verpackungsverordnungen sind allesamt verpufft. Auch mit dem Verpackungsgesetz ist keine
309 Trendwende eingetreten. Der Handel ist seiner ökologischen Verantwortung bisher nicht
310 nachgekommen:

311

- 312 • Die Rezyklierbarkeit von Kunststoffverpackungen hat sich zunehmend verschlechtert. Die
313 Rezyklat-Einsatzquote liegt unter 15%.
- 314 • Die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen ist von 72% im Jahr 1990 auf derzeit ca.
315 41% gesunken.
- 316 • Die Verpackungsmengen haben sich insbesondere bei den Kunststoffverpackungen
317 verdoppelt. Deutschland ist mit fast 19 Mio. Tonnen EU-weit Spitzenreiter bei der
318 Verursachung von Verpackungsmüll.

319

320 Darüber hinaus ist der Status Quo auch aus Sicht der Verbraucher*innen abzulehnen:

321

- 322 • Im Dualen System werden lediglich Verpackungen gesammelt, sonstige Kunststoffabfälle
323 (sogenannte stoffgleiche Nichtverpackungen) werden über die meist kommunal organisierte
324 Abfallwirtschaft entsorgt. Die Verbraucher*innen werden damit doppelt zur Kasse gebeten:
325 Die Kosten für die Entsorgung der Verpackungsabfälle werden über den Kaufpreis an der
326 Supermarktkasse auf die Kundinnen und Kunden umgelegt. Der Rest wird über die
327 kommunalen Abfallgebühren finanziert.
- 328 • Der Wettbewerb unter den Unternehmen im Dualen System zwingt diese, kostensparende
329 statt für Verbraucher*innen sinnvolle Lösungen anzubieten und bei Mengenangaben zu
330 täuschen, um im Markt zu überleben. In der Regel besteht die rentabelste Lösung –
331 zumindest bei den Kunststoffen – aber nicht im Recycling der Verpackungen. Teile der
332 Abfälle werden ins Ausland verkauft und landen in unseren Ozeanen.

333

334 Die Liberalisierung der Verpackungsabfallentsorgung Anfang der 1990er-Jahre hat einen
335 systemischen Fehler. Es kann von denjenigen Akteuren, die durch Verpackungen Einnahmen
336 erzielen nicht erwartet werden, dass sie dafür sorgen, dass ihre Einnahmequellen versiegen.
337 Mit einer Neuregelung können Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen im gleichen
338 Erfassungssystem gesammelt werden. Umweltpolitische Vermeidungs- und Recyclingziele
339 können in der Verantwortung der Kommunen wesentlich effektiver durchgesetzt werden. Für

340 die Bürgerinnen und Bürger würde die Abfallentsorgung einfach und transparenter – in den
341 Kommunen hätten sie in Zukunft natürliche Adressatinnen bei Entsorgungsfragen. Und die
342 Kosten für die Verpackungsabfallentsorgung würden nicht mehr die Kund*innen beim Einkauf
343 bezahlen, sondern die Verursacher*innen selbst – vor allem also Unternehmen, die
344 unverhältnismäßig müllintensiv verpacken.

345
346 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
347

348
349 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

350 **Mieterschutz auch für Kleingewerbebetriebe**

351
352 Die SPD München fordert die Aufnahme in das Bundestagswahlprogramm:
353

354 Es werden Instrumente entwickelt, um der zunehmenden Verdrängung von
355 Kleingewerbebetrieben (z.B. inhabergeführte Ladengeschäfte, Gaststätten, Kleinkunst, ...) in
356 Ballungsräumen entgegen zu wirken. Dabei kann es sich handeln um eine Mietpreisbremse,
357 einen Kündigungsschutz und auch eine Ausdehnung des baurechtlichen Instruments der
358 Erhaltungssatzung auf Kleingewerbebetriebe.

359 Begründung:

360 Zum gewachsenen Milieu eines Viertels gehören auch die Handwerksbetriebe und kleinen
361 inhabergeführten Läden um die Ecke, die Kneipe oder das Kleinkunsttheater. Diese tragen
362 ganz besonders zum Charakter eines Viertels bei und müssen vor der zunehmenden
363 Verdrängung durch immer weiter steigende Mieten geschützt werden – so wie es bereits für
364 Wohnungen möglich ist. Nur durch gewerblichen Mieterschutz kann Vielfalt erhalten werden,
365 nur so kann verhindert werden, dass wir unsere Städte komplett den Ketten überlassen. Nur
366 so können kleine Existenzen in den Innenstädten überleben und das gewachsene kulturelle und
367 gastronomische Angebot gerettet werden.

368
369 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
370

371
372 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

373 **Pflege ist Daseinsvorsorge - Vollversicherungsschutz jetzt!**

374
375 Die Münchner SPD fordert eine würdige Absicherung von Pflegebedürftigkeit und deswegen die
376 Aufnahme der Pflegevollversicherung als Ziel in das Regierungsprogramm der Bundes-SPD.
377

378 Wir setzen uns für folgende Ziele ein:

- 379 • Pflegesachleistungen sowie stationäre, teilstationäre und ambulante Pflege sollen vollständig
380 und unabhängig vom Pflegegrad von der Pflegevollversicherung abgedeckt werden. Die
381 Zahlung der Kosten für stationäre Pflege umfasst nicht die Reinigung der Kleidung, Kosten
382 von Essen, Raumpflege sowie Miete. Können diese Kosten von den Pflegeempfänger*innen
383 nicht getragen werden, muss weiter die Grundsicherung im SGB XII greifen.
- 384 • Die Pflegevollversicherung soll eine solidarische Sozialversicherung analog zum Konzept der
385 Bürger*innenversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze sein.
- 386 • Statt des Pflegegeldes sollen nach unseren Vorstellungen nach Umbau des Pflegesystems
387 pflegende Angehörige Arbeitsverträge über Art und Umfang der zu leistenden Pflege mit den
388 örtlichen kommunalen und freigemeinnützigen Einrichtungen schließen. Es handelt sich
389 dabei um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für die der Mindestlohn gelten muss.
- 390 • Wir wollen die Familienpflegezeit stärken. Berufstätigkeit und Pflege müssen besser
391 vereinbar sein. Wer Angehörige pflegt, sollte keine Nachteile für sein*ihr
392 Beschäftigungsverhältnis haben.
- 393 • Wir machen Schluss mit Rendite über die Pflege. Es ist unser politisches Ziel nach und nach
394 private Betreibergesellschaften zurückzudrängen und Pflege zur kommunalen und
395 freigemeinnützigen Hoheitsaufgabe zu machen.

397 Begründung:

398 Seit der Einführung der Pflegeversicherung hat sich die Pflegeinfrastruktur stark gewandelt.
399 Die Anzahl der ambulanten Pflegedienste hat sich von 11 000 im Jahr 1999 auf 14 000 im Jahr

400 2017 erhöht. Die Anzahl der Pflegeheime ist von knapp 9000 im Jahr 1999 auf 15 000 im Jahr
401 2017 gestiegen. Dem zu Grunde liegt ein politisch gewollter Wettbewerb zwischen privaten und
402 freigemeinnützigen Träger*innen. Der Anteil privater ambulanter Pflegedienste liegt bei 66
403 Prozent, der Anteil privater Pflegeheime liegt bei 43 Prozent. Es ist heute für private
404 Pflegeheimträger ohne größere Anstrengungen möglich 10 Prozent Rendite erzielen zu können
405 - zu wessen Lasten das geht liegt auf der Hand.

406
407 Für uns ist die solidarische Absicherung von Pflegebedürftigkeit eine Zukunftsaufgabe. Das
408 häusliche Pflegepotential wird sinken. Die demografische Entwicklung wird in unserer allgemein
409 älter werdenden Gesellschaft mit höheren Lebenserwartungen nach der Prognose des Instituts
410 der deutschen Wirtschaft die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2035 auf über 4 Millionen
411 ansteigen lassen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird also innerhalb von 20 Jahren um ein
412 Drittel zunehmen. Diese Entwicklung gilt es zu gestalten - und erfordert neue
413 sozialdemokratische Antworten. Mit einem neuen Verständnis von Pflege als Daseinsvorsorge,
414 angemessenen Lohnentwicklungen für die Beschäftigten und einem starken Sozialstaat, der die
415 Infrastruktur bereit stellt und für Absicherung sorgt.

416
417 Die Einführung der Pflegeversicherung Anfang der 90er Jahre stellt einen Meilenstein dar. Bis
418 dahin waren die Kommunen mit enormen Ausgaben für pflegebedingte Sozialhilfeausgaben
419 belastet, die Pflegebedürftigen wurden zu Sozialhilfe- und Taschengeldempfänger*innen
420 degradiert und vor allem die ambulante pflegerische Versorgung hatte qualitative und
421 quantitative Defizite.

422
423 Aber die Pflegeversicherung in ihrer derzeitigen Form reicht bei weitem nicht aus.
424 Pflegebedürftigkeit ist eines der größten Armutsrisiken. Zu Pflegende, Angehörige und auch die
425 im Pflegebereiche Beschäftigten müssen endlich als Teil der Daseinsvorsorge in den Blick
426 genommen werden. Ein starker Sozialstaat kann nicht Krankheit voll absichern und
427 Pflegebedürftigkeit nur teilweise - gerade in einer älter werdenden Gesellschaft müssen wir
428 den Weg zu Vollversicherung gehen. Das ist für uns ein zentraler Bestandteil zur Bekämpfung
429 von Altersarmut.

430
431 Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege von Angehörigen ist für uns unabdingbar.
432 Knapp 50 Prozent der Pflegebedürftigen wird allein durch Angehörige versorgt. Die
433 Familienpflegezeit wird nur von zwei Prozent der Anspruchsberechtigten genutzt, 40 Prozent
434 der Anspruchsberechtigten kennen diese Maßnahme überhaupt nicht. Nur acht Prozent haben
435 die kurzzeitige Arbeitsverhinderung (zehn Tage zur Bewältigung der akuten Pflegesituation) in
436 Anspruch genommen.

437
438 Mit der Aufnahme der Pflegevollversicherung in ihr Regierungsprogramm wird die SPD ihre
439 Kompetenz und ihre klare Positionierung für einen starken Sozialstaat und dessen
440 Fortentwicklung angesichts des demographischen Wandels unter Beweis stellen und ein
441 Alleinstellungsmerkmal im Parteienspektrum einnehmen.

442
443 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

444 Adressat*innen: Bundesparteitag, Parteivorstand

445 **Kinderarmut abschaffen – Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den**
446 **Weg bringen!**

447
448 Je nach Berechnungsgröße werden bis zu 4,5 Millionen Kinder in Deutschland genannt, die von
449 Armut betroffen sind. Die vielfältigen unterschiedlichen sozialstaatlichen Interventionen
450 scheinen weder effizient noch wirksam zu sein und sind auf viele Sonder-Problemlagen
451 gerichtet. Wir wollen, dass unser Sozialstaat bei dem Status Kind/Jugendliche*r ansetzt und
452 fordern daher die Einführung eines allgemeinen individualisierten Rechtsanspruches auf eine
453 Grundsicherung für Kinder- und Jugendliche, die den Flickenteppich an unterschiedlichsten
454 sozialrechtlichen Ansprüchen ersetzt und nicht an das jeweilige Einkommen von Elternteilen,
455 das Zahlen von Unterhalt oder ähnlichem ansetzt. Ziel dieser Grundsicherung muss es sein,
456 allen Kinder- und Jugendlichen unabhängig von der Einkommens- oder Vermögenssituation der
457 Elternteile (und damit ggf. hinzukommenden Unterhaltszahlungen) ein menschenwürdiges und
458 damit armutssicheres Aufwachsen zu ermöglichen.

459
460 Dabei schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

- 461 1) Abschaffung aller momentanen kindbezogenen sozialpolitischen- oder
462 einkommenssteuerbezogenen Leistungen/Vorteile (bspw. UVG, KiG, Kindergeldzuschlag,
463 BaFöG, Berufsausbildungsbeihilfe, Kinderfreibeträge, (Halb-)Waisenrente) Das BaFöG bauen
464 wir zu einem Förderinstrument für lebenslanges Lernen (z.B. Zweitstudium) um.
- 465 2) Ersatzweise wird ein Rechtsanspruch für jedes in Deutschland lebende Kind bei der
466 Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit geschaffen, der monatlich als vollumfängliche
467 Leistung des Bundes ausbezahlt werden soll.
- 468 3) Dieser Anspruch wird grundsätzlich bis zur Volljährigkeit in den Altersstufen 0-6, 7-12, 13-
469 17 in der Höhe des Warenkorb zur Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums auf
470 Antrag gewährt.
- 471 4) Für volljährige Jugendliche (bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres) wird eine vierte
472 Altersstufe geschaffen, die unabhängig vom Haushaltskontext dem/der Jugendlichen bis
473 zum Abschluss des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses und bis das Eigeneinkommen
474 nachweisbar steuerrechtlich über dem Steuerfreibetrag (in 2018: 9000,00€) liegt, einen
475 eigenen Anspruch auf bedarfsdeckendes soziokulturelles Existenzminimum (incl.
476 Grundanteile für tatsächliche angemessene Wohnkosten) einräumt.
- 477 5) Für Kinder/Jugendliche, die bei alleinerziehenden Elternteilen aufwachsen, muss ein
478 pauschaler Zuschlag entwickelt werden; gleiches gilt für Kinder/Jugendliche, die mindestens
479 zwei Geschwisterkinder haben.

480
481 Begründung:

482 Die Krise der Sozialdemokratie ist mit einer mangelnden Innovationsfähigkeit zur
483 Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme verbunden. Wir schaffen es europaweit nicht
484 mehr, im Bereich der Sozialpolitik tonangebend zu sein. Anstatt über unsere Vorschläge wird
485 über das Grundeinkommen diskutiert. Nur mit einer Wende hin zu universalistischen
486 Ansprüchen, zu einem Mehr an sozialen Rechten für Individuen und einem Abbau von
487 staatlichen Gängelungen sowie sozialstaatlichem Kleinklein wird es gelingen einen modernen
488 sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zu entwickeln. Einen Ansatzpunkt für diese Wende bietet
489 die Kinder- und Jugendgrundsicherung. Es ist in unserem Sozialstaat ungerecht, dass dem
490 Staat manche Kinder mehr wert sind, als andere (Kinderfreibeträge/Kindergeld). Es ist
491 ungerecht, dass staatliche Leistungen oftmals intern verrechnet werden und gar nicht bei
492 denen ankommen, die sie eigentlich bedürfen (Unterhaltsvorschuss bei ALG-II-Bezug). Es ist
493 ungerecht, dass alle staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung von Kinderarmut nur mehr
494 Bürokratie, mehr Nachweispflichten für Betroffene, aber nie weniger Kinderarmut gebracht
495 haben (bspw. Bildungs- und Teilhabepaket).
496 Gleichermaßen müssen wir gegen eine konservative und bevormundende Vorstellung
497 ankämpfen, nach der manche Eltern nicht willens oder nicht in der Lage sind finanzielle Mittel
498 des Staates/aus ihrem Einkommen für ihre Kinder einzusetzen. Wir befinden uns heute in einer
499 Gesellschaftsform, in der es immer noch kaum ein höheres Risiko gibt, ärmer zu werden, als
500 Eltern(-teil) zu werden. Ein moderner Sozialstaat muss gegen dieses Risiko absichern, und das
501 geht am Besten mit einem universalistischen Anspruch für Kinder- und Jugendliche, der gegen
502 das gesamt-gesellschaftliche Problem der Kinderarmut gerichtet ist.

503 Die Kinder- und Jugendgrundsicherung ist etwas anderes als ein Grundeinkommen. Sie richtet
504 sich nicht gegen den Ersatz von Arbeitszwang, der von den
505 Grundeinkommensbefürworter*innen ins Feld geführt wird, oder predigt die Mär vom Ende der
506 Arbeit. Vielmehr reagiert die Kinder- und Jugendgrundsicherung auf eine akute
507 gesellschaftliche Problemlage und soll diejenigen, die (noch) nicht selbst für ihren
508 Lebensunterhalt aufkommen können eine über der ansonsten notwendigen Debatte um
509 Grundsicherung gegen Armut und/oder Arbeitslosigkeit staatliche Garantie an Teilhabe
510 schaffen. Die Kinder- und Jugendgrundsicherung wird eine Bundesleistung sein und damit die
511 Länder und Kommunen vollumfänglich sowohl bei den tatsächlichen Ausgaben als auch bei
512 vielfältigen Verwaltungsausgaben entlasten. Der Kampf gegen Kinderarmut ist ein
513 bundesweiter.

514 Die Kinder- und Jugendgrundsicherung soll zudem fern von Aspekten aus dem Kampf gegen
515 Bildungsungleichheit stehen, sie wird auch keine einschneidende Maßnahme der Umverteilung
516 sein können. Sie soll vielmehr im Bereich der finanziellen Grundausstattung von Kinder- und
517 Jugendlichen eine Untergrenze bilden und damit sowohl zur Vereinheitlichung beitragen, als
518 auch Differenzierung zu lassen: Vereinheitlichung in der Gestalt, dass jedes Kind erstmals
519 gleich viel wert sein muss; Differenzierung insoweit, dass auf manche haushaltsbezogenen
520 Problemlagen gesondert eingegangen werden muss, die spezifisch in gesonderter Form über
521 das Vorhandensein von Kindern Armut erzeugen (Alleinerziehende oder Vielkinderschaft).

522

523 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

524

525 Adressat*innen: Bundestagsfraktion

526 **Sachgrundlose Befristung einschränken – Koalitionsvertrag jetzt noch**
527 **umsetzen**

528
529 Die SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesarbeitsminister werden aufgefordert, weiterhin die
530 Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen (§ 14 Abs. 2 TzBfG) deutlich
531 einzuschränken und dies gegenüber dem Koalitionspartner entsprechend der Ankündigung im
532 Koalitionsvertrag auch deutlich zu machen.

533
534 Begründung:

535 Nach Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist die Zahl der
536 befristeten Arbeitsverhältnisse im Jahr 2018 auf rund 3,2 Millionen gestiegen. Das entspricht
537 8,3 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse – ein Rekordwert. Von den Neueingestellten
538 erhielten rund 44 Prozent zunächst nur befristeten Vertrag.

539
540 Diese Befristung stellt Beschäftigte vor große Probleme. So ist eine persönliche
541 Zukunftsplanung deutlich schwerer, wenn unklar ist, ob man morgen noch einen Arbeitsplatz
542 hat. Eine Befristung führt auch dazu, dass man in einer deutlich schwereren Position ist, seine
543 Rechte gegenüber dem*r Arbeitgeber*in zu formulieren oder durchzusetzen.

544
545 Deshalb wurde im Koalitionsvertrag folgendes formuliert:
546 „Wir wollen den Missbrauch bei den Befristungen abschaffen. Deshalb dürfen Arbeitgeber mit
547 mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos
548 befristen. Bei Überschreiten dieser Quote gilt jedes weitere sachgrundlos befristete
549 Arbeitsverhältnis als unbefristet zustande gekommen. Die Quote ist jeweils auf den Zeitpunkt
550 der letzten Einstellung ohne Sachgrund zu beziehen. Die Befristung eines Arbeitsvertrages
551 ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes ist nur noch für die Dauer von 18 statt bislang von 24
552 Monaten zulässig, bis zu dieser Gesamtdauer ist auch nur noch eine einmalige statt einer
553 dreimaligen Verlängerung möglich.“

554
555 Doch die Umsetzung wird bisher von CDU und CSU blockiert. Angesichts der relativ kurzen Zeit
556 bis zur Bundestagswahl drängt die Zeit, das noch umzusetzen.

557
558 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

559
560
561 Adressat*innen: Bundesparteitag

562 **Daseinsvorsorge in Deutschland und Europa**

563
564 Die SPD setzt sich nachhaltig dafür ein, dass die Bereiche der Daseinsvorsorge als öffentliche
565 Organisationen bzw. öffentlich-rechtliche Unternehmen oder freigemeinnützige Organisationen
566 rückgeführt bzw. gehalten werden. Das gilt insbesondere für den (Nah-) Verkehr, die
567 Energieversorgung, die Wasserver- und -entsorgung, die Abfallwirtschaft, das
568 Gesundheitswesen, die Post und Telekommunikation, den Bevölkerungs- und den
569 Katastrophenschutz, Bildung, Soziales, Kultur, öffentliche Sicherheit, und Wohnungswirtschaft.

570
571 Begründung:

572 In Krisensituationen, wie der vorherrschenden Pandemie, sind weder die EU noch die
573 Nationalstaaten fähig, die Daseinsversorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten, weil zu
574 viele Bereiche der Daseinsversorgung privatisiert worden sind.

575 Die angebliche „Liberalisierung der Märkte“ hat nicht dazu beigetragen, dass die
576 Daseinsversorgung sicher und finanzierbar bzw. bezahlbar geworden ist. Der angebliche
577 Wettbewerb hat nicht zur bedarfsgerechten Vorhaltung und Versorgung geführt. Vielmehr
578 haben sich tatsächliche oder vermutliche Kartelle gebildet. Sog. Marktwirtschaftliche
579 Strukturen haben die Versorgung nicht verbessert, weil sie dem Ziel der Gewinnorientierung
580 und Vermögenssteigerung der Anteilseigner folgen und nicht in erster Linie der
581 Versorgungsqualität und Versorgungssicherheit.

582 Das hat die vorherrschende Pandemie nur transparent gemacht. Die Folgen der
583 Wettbewerbsdenke und die Regulierungsmanschetten des Beihilferechts in den Branchen der

584 Daseinsvorsorge sind seit langem offenbar geworden: fehlende und ungenügende Versorgung
585 in den verschiedenen Ländern, drastisch gestiegene Entgelte beispielsweise in der
586 Energieversorgung und Beförderung, fehlende Versorgung im Gesundheitsbereich; schlechte
587 Wasserqualität, etc..

588 Nah- und Fernverkehr in der Personenbeförderung dürfen nicht unter dem Druck der
589 Gewinnerwirtschaftung arbeiten. Dasselbe gilt für die Gesundheitsversorgung. Es ist bereits
590 lange offensichtlich und nun als drohendes massives Risiko bekannt, dass die
591 Krankenversorgung und die pflegerische Versorgung Gefahr laufen, zusammen zu brechen,
592 weil dort seit Jahren ein verantwortungsloser Spardruck betrieben worden ist.

593 Die SPD muss ihre Verantwortung wahrnehmen, die unzumutbaren Umstände aufzeigen und
594 für Abhilfe sorgen. Ein klares programmatisches Profil ist notwendig, damit die Bürgerinnen
595 und Bürger sich von der SPD vertreten fühlen und ihr vertrauen!

596
597 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

598
599
600 Adressat*innen: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

601 **Aus der Pandemie lernen: Krankenhausplanung und –Finanzierung von**
602 **Grund auf erneuern**

603
604 Wir fordern unsere Bundestags- und Landtagsabgeordneten ebenso wie unsere
605 Vertreter*Innen in der Regierung auf, sich dafür einzusetzen, dass Gesundheitsversorgung
606 wieder Daseinsvorsorge wird: Der Sozialstaat muss mit einer neubelebten
607 Krankenhausplanung und auskömmlichen Investitionsmitteln eine bedarfsgerechte stationäre
608 Versorgung für alle, und besonders für die vulnerablen Gruppen (z.B. Kinder und Alte),
609 sicherstellen.

610 Die Corona-Pandemie hat gezeigt:

- 611 - das Fallpauschalen-System (DRG) muss zugunsten einer sachgerechteren Finanzierung
612 abgeschafft werden.
613 - Es ist sicherzustellen, dass medizinische Leistungen dem Bedarf folgen und nicht dem Geld.
614 Sie sollten sachgerecht erbracht und die entstehenden Kosten den Einrichtungen nach einem
615 neu auszugestaltenden Prinzip der Kostendeckung erstattet werden. Die wirtschaftliche
616 Verwendung der Gelder muss transparent und überprüfbar sein.
617 - Die Finanzierung struktureller Vorhaltekosten muss eine Säule der Betriebskostenfinanzierung
618 der Krankenhäuser werden.

619
620 Begründung:

621 Das deutsche DRG-Fallpauschalen-System belohnt ökonomisch die Mengenausweitung
622 lukrativer Behandlungen und Operationen, selbst wenn sie überflüssig sind - und die
623 Vermeidung verlustbringender Behandlungen, selbst wenn sie notwendig sind.

624 Es belohnt Einsparungen von Kosten, besonders beim Personal. Damit wurde die Pflege über
625 Jahre in eine katastrophale Schieflage gebracht, deren Folgen auch in Pandemie-Zeiten viele
626 Kranke erleben mussten.

627 Ökonomisierung und Privatisierung haben sowohl zu individueller als auch regionaler Über-,
628 Unter- und Fehlversorgung geführt, sowie zur Schließung notwendiger Betten, Abteilungen und
629 sogar (kommunaler) Krankenhäuser. Das Vertrauen der Patient*innen, dass ihr Wohl stets
630 über wirtschaftlichen Erwägungen steht, ist zu Recht schwer erschüttert.

631 Deutschlands Krankenhauswesen wird seit mehr als drei Jahrzehnten marktwirtschaftlich
632 umgebaut und privatisiert. Die zueinander in Konkurrenz gestellten Kliniken sind
633 handlungsbestimmenden betriebswirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt – ebenso wie öffentliche
634 und gemeinnützige Kliniken. Dies wird durch beständig unzureichende öffentliche Investitionen
635 verstärkt.

636 Der steile Anstieg der Staatsverschuldung in der Corona-Pandemie lässt eine erneute
637 Privatisierungswelle von kommunalen Krankenhäusern befürchten. Im Eigentum von
638 Wirtschaftskonzernen dienen sie dann dem primären Zweck, privaten Profit zu erwirtschaften
639 und sind einer demokratischen Gestaltung und Kontrolle weitgehend entzogen.

640 Laut Statistischem Bundesamt befanden sich bereits 2017 36,5% der Krankenhäuser in
641 privater Hand.

642
643 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

644 Adressat*innen: SPD-Bundestagsfraktion

645 **Digitalisierung im Gesundheitswesen nur zum Vorteil aller**
646 **Versicherten**

647

648 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen kann und sollte die Versicherten-Verwaltung und -
649 Abrechnung ebenso unterstützen wie die Diagnose und Therapie. Die sich aus der
650 Digitalisierung ergebenden Vorteile sollten auf jeden Fall allen Versicherten, Patient*innen und
651 allen anderen am Gesundheitswesen Beteiligten dienen.

652 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, im Rahmen der Gesetzgebung
653 sicherzustellen, dass

654

655 • es keinen Zugriff auf Gesundheitsdaten ohne vorherige Zustimmung der Patient*innen gibt
656 und keinen Handel mit diesen Daten. Eine etwaige Zustimmung der Patient*innen darf nur
657 ohne Druck zustande kommen und muss jederzeit widerruflich sein;

658 • Kommunikation und Dokumentation im Gesundheitswesen gleichberechtigt ist, sei sie
659 digital oder analog;

660 • keine Diskriminierung von Verfahren stattfindet:

661 ○ eine Teilnahme an einer Verfahrensart (digitales oder herkömmliches Verfahren)
662 erfolgt freiwillig. Strafen und Sanktionen für Nichtteilnahme darf es nicht geben.
663 Bereits eingeführte Sanktionen sind abzuschaffen bzw. nicht geltend zu machen;

664 ○ Leistungen, die im Rahmen des Gesundheitswesens erbracht werden, dürfen nicht
665 davon abhängig gemacht werden, ob die Inanspruchnahme über analoge oder
666 digitale Verfahren stattfindet;

667 • die Patient*innen für ihre Gesundheitsdaten auf Dokumentenebene jederzeit Zugriffsrechte
668 vergeben können, d.h. diese auch einschränken können. Hierzu müssen den Patient*innen
669 verschiedene niedrighschwellige Zugriffswege zur Verfügung stehen;

670 • erforderliche Kosten, die für die Teilnahme an einer Verfahrensart erforderlich sind, von der
671 die jeweilige Verfahrensart einführenden Stelle uneingeschränkt übernommen werden (inkl.
672 erforderliche Aus- und Weiterbildungen);

673 • nach Möglichkeit Daten, wie bisher, dezentral gespeichert werden und zentrale
674 Speicherungen nur anonymisiert stattfinden. Eine Personalisierung der Daten darf nur bei
675 Zugriff auf die Gesundheitskarte der jeweiligen Patient*in möglich sein.
676

677 Begründung:

678 Gerade Gesundheitsdaten sind äußerst sensibel und müssen auch so behandelt werden.
679 Sowohl den Patient*innen als auch allen anderen Beteiligten im Gesundheitswesen muss es
680 ohne Diskriminierung frei gestellt werden, ob sie einem digitalen Verfahren zustimmen. Da die
681 elektronische Speicherung von Gesundheitsdaten mit Risiken behaftet ist, sollte nach
682 Möglichkeit dezentral gespeichert werden. Dies haben insbesondere Hackerangriffe in der
683 jüngeren Vergangenheit bewiesen.

684

685 Links:

686 [https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/quarks/hintergrund/audio-die-digitale-arztpraxis-](https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/quarks/hintergrund/audio-die-digitale-arztpraxis-kommt-der-datenschutz-hinkt-hinterher-100.html)
687 [kommt-der-datenschutz-hinkt-hinterher-100.html](https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/quarks/hintergrund/audio-die-digitale-arztpraxis-kommt-der-datenschutz-hinkt-hinterher-100.html)

688 <https://www.gesundheitsdaten-in-gefahr.de>

689 <https://patientenrechte-datenschutz.de>

690

691 x Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

692 Adressat*innen: BayernSPD

693 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

694 Füge ein in Zeile 88 nach „übernommen hat.“:

695 *„Hierbei sind die Schwerpunkte der Vorstände zu berücksichtigen.“*

696

697 Begründung:

698 Personen kandidieren für ihr Können/Wissen und nicht für die Orgastruktur.

699

700

701 Adressat*innen: BayernSPD

702 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

703 Füge ein in Zeile 100 nach "durchführen.":

704 *„Regionale Arbeitsschwerpunkte sind unbedingt einzubeziehen.“*

705

706 Begründung:

707 Ländliche Themenschwerpunkte sind nicht unbedingt identisch mit denen aus dem städtischen

708 Bereich, siehe Bebauung, Mietwohnungen etc.

709

710

711 Adressat*innen: BayernSPD

712 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

713 Füge ein in Zeile 105 nach „werden.“:

714 *„Um über den Fortgang der an die Fraktionen vom Landesparteitag gerichteten Anträge zu*

715 *informieren, wird ein entsprechender Bericht des*der Fraktionsvorsitzenden der*

716 *Landtagsfraktion sowie dem*der Sprecher*in der Landesgruppe der Bundestagsfraktion und*

717 *des*der Sprecher*in der bayrischen Europaabgeordneten als fester Tagesordnungspunkt auf*

718 *dem jeweils nächsten Parteitag eingeführt.“*

719

720

721 Adressat*innen: BayernSPD

722 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

723 Ersetze Satz in Zeile 130 durch:

724 *„Dazu gehört die Möglichkeit einer digitalen Arbeit. Die erforderlichen Werkzeuge wie*

725 *Softwareprogramme usw. sind von der Partei zur Verfügung zu stellen.“*

726

727 Begründung:

728 Digitale Arbeit kann nie persönliche Kontakte innerhalb und außerhalb der Partei ersetzen.

729 Präsenz in Persona ist das A und O jeglicher Parteiarbeit. Ein Abstellen auf „vollumfänglicher

730 digitaler“ Arbeit vergisst die soziale Komponente der Parteiarbeit nach innen und außen.

731 Bei den jetzt bislang durchgeführten Videokonferenzen verhinderten immer wieder auftretende

732 Probleme bei der Durchführung in allen vorhandenen IT-Systemen ein effektives

733 sachbezogenes Arbeiten.

734

735

736 Adressat*innen: BayernSPD

737 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

738 Streiche Zeilen 270 bis 281.

739

740 Begründung:

741 Keine Definition, was dies sein soll. Problematisch sind bei einem digitalen OV nicht nur die

742 Konkurrenzsituation mit dem "normalen" OV, sondern auch auftretende Spannungen zwischen

743 Jung und Alt.

744

745

746 Adressat*innen: BayernSPD

747 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

748 Streiche ab Zeile 305:

749 *„Zudem werden wir einen wissenschaftlichen Beirat einrichten, der den Landesvorstand in*

750 *seiner Arbeit bei der Entwicklung seiner langfristigen politischen Ziele perspektivisch beraten*

751 soll. Ihm werden Expert*innen und Experten aus Wissenschaft und anderen Bereichen
752 angehören, die vom Landesvorstand ernannt werden."

753

754 Adressat*innen: BayernSPD

755 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

756 Gendere: Zeile 361 „Funktionär*innen“, Zeile 372 „Expert*innenwissen“, Zeile 377

757 „Referent*innenportal“

758

759

760 Adressat*innen: BayernSPD

761 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

762 Streiche Zeilen 435 bis 438

763

764 Begründung:

765 Inhaltlich werden nur leere Floskeln verwendet. Die abstrakte Formulierung klingt wie eine
766 Androhung von McKinsey mit allen bekannten negativen Folgen.

767 Daran ändern auch die in Zeilen 441 bis 443 genannten Ziele nichts, wenn das konkrete Wie
768 dazu fehlt.

769

770

771 Adressat*innen: BayernSPD

772 **Änderungsantrag zu „Organisationspolitische Neuaufstellung“**

773 Streiche in Zeile 486: „für die Zeit nach der Landtagswahl 2023“

774

775 Begründung:

776 Das Konzept für die Verbesserung unserer Kampagnenfähigkeit etwa in den sozialen Medien
777 soll nicht erst „nach der Landtagswahl 2023“ entwickelt werden, sondern unbedingt ab sofort,
778 damit es schon zu dieser nächsten Landtagswahl wirksam werden kann. Es ist nicht
779 einzusehen und nicht zu verantworten, mit dieser so wichtigen Initiative erst in zwei Jahren zu
780 beginnen.